D-03

Dringlichkeitsantrag: Waffenstillstand und Friedensinitiative für Israel und Palästina sind unerlässlich

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

„But as the last twenty years, and even more so the events of this horrific Shabbat, prove, all the military might on the earth will not provide defense and security. A political solution is the only pragmatic thing that is possible – we are obligated to try, and we must begin this work today.”

- Ziv Stahl, survivor of the Be’eri Massacre

„Aber wie die letzten zwanzig Jahre und noch mehr die Ereignisse dieses schrecklichen Schabbats beweisen, wird alle militärische Macht der Welt keine Verteidigung und Sicherheit bieten. Eine politische Lösung ist das einzig pragmatische, was möglich ist – wir sind verpflichtet, es zu versuchen, und wir müssen heute mit dieser Arbeit beginnen. ”

- Ziv Stahl, Überlebende des Massakers von Be’eri

Wir Grüne sind entsetzt über die brutalen Massaker an Zivilisten am 7. Oktober 2023, die Raketenangriffe der Hamas auf Israel wie auch die darauffolgende Abriegelung und massive Bombardierung des Gazastreifens durch die israelische Regierung.

Auch mit Blick auf die jahrzehntelange Vorgeschichte macht die eskalierende Gewalt im Nahen Osten einmal mehr deutlich, dass dieser langjährige Konflikt endlich dauerhaft und friedlich gelöst werden muss und dass auch militärische Überlegenheit kein Garant für den Bestand des israelischen Staates ist.

Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 /Die Grünen beschließt:

1. Wir verurteilen auf das Schärfste den Terror der Hamas bei dem Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 und an den Folgetagen. Terror gegen Zivilpersonen, Mord, Entführung und Vergewaltigung sind durch nichts zu rechtfertigen. Weiterhin verurteilen wir die Raketen und Bombenangriffe auf die zivile Bevölkerung Israels und fordern deren sofortige und dauerhafte Einstellung.

2. Wir unterstützen mit allen zivilen und politischen Mitteln das Existenzrecht des Staates Israel unter den Bedingungen des Abkommens von Oslo 1995 ("Interimsabkommen über das Westjordanland und den Gazastreifen").

3. Wir fordern die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch die Kriegsparteien, auch im Gazastreifen und im Westjordanland. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe und die sofortige Freilassung aller zivilen und verwundeten Geiseln. Die Blockade des

Gazastreifens muss umgehend beendet werden. Eine Umsiedlung der Bevölkerung ist unter keinen Umständen vertretbar. Die Behinderung der Lieferung von Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Energie verstößt gegen das Völkerrecht. Wir fordern eine schnelle Möglichkeit zur Ausreise der schwer verletzten Menschen – die dort nicht mehr zu behandeln sind – aus dem Gazastreifen.

4. Wir appellieren an die Regionalmächte und Milizen, in den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht militärisch einzugreifen und stattdessen auf eine Deeskalation hinzuwirken. Ohne wirksame Friedensinitiativen droht eine Ausweitung des Konflikts mit Beteiligung des Irans und seiner Bündnispartner zu einem unkontrollierbaren Flächenbrand bis hin zum Einsatz von Atomwaffen und zu Angriffen auf Atomanlagen.

5. Wir unterstützen eine dauerhafte Friedenslösung wie z.B. die Zweistaatenregelung nach Oslo II. Diese muss gegen die militanten Islamisten der Hamas und anderer Gruppierungen ebenso durchgesetzt werden wie gegen Israels Rechtsradikale und religiöse Fanatiker.

6. In jedem Fall muss dauerhaft gewährleistet sein, dass Israelis und Palästinenser*innen als gleichberechtigte Bürger*innen in gesicherter Rechtsstaatlichkeit leben können. Damit erkennen wir die Rechte der Bewohner*innen aller Territorien im heutigen Israel und Palästina auf Leben, Unversehrtheit, Freiheit, gleiche Rechte und Eigentum (auch an Grund und Boden) auf Grundlage der UN-Beschlüsse an. Wir sehen hier die deutsche Regierung in der Pflicht, initiativ zu werden.

7. Wir verurteilen die Landnahme durch jüdische Siedler*innen und die Übergriffe der Rechtsextremen und der radikalen Siedler im Westjordanland. Wir fordern die amtierende Regierung Israels auf, diese weder weiter zuzulassen noch zu unterstützen. Diese – aktuell eskalierenden – Aktionen – sind schon lange Teil des Problems und müssen in jeder Lösung, die langfristig Frieden bringen soll, mitbedacht und bewältigt werden. Wir fordern den umgehenden und dauerhaften Rückbau aller illegalen Siedlungen im Westjordanland.

8. Wir fordern eine UN-koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich auch die EU beteiligen soll.

9. Wir befürworten die Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Gazastreifen und ins Westjordanland, um in enger Zusammenarbeit mit den palästinensischen Sicherheitsbehörden dauerhaft weitere Terroraktionen zu verhindern. Dies muss ein intensives Engagement zur Vertrauensbildung zwischen den israelischen und arabischstämmigen Bewohner*innen umfassen, denn nur durch Respekt und

Verbundenheit
ist Frieden möglich.

10. Wir verurteilen auf das Schärfste antijüdische Äußerungen und Übergriffe, tätliche wie
verbale Angriffe auf jüdische Einrichtungen in Deutschland und auf alle hier lebenden
Jüd*innen. Sie sind völlig inakzeptabel. Dabei achten wir darauf, die Pluralität des jüdischen Lebens zu respektieren, anstatt eine alleinige Repräsentation durch die Regierung Israels anzunehmen. Gewalt gegen jüdische Menschen und Institutionen darf in
Deutschland nie wieder Platz bekommen. Antisemitismus treten wir entschlossen entgegen.

11. Das Demonstrationsrecht der hier lebenden Palästinenser*innen sowie das Recht auf
Demonstration und Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland im Rahmen der geltenden Gesetze müssen gewährleistet sein. Gewaltfreie
politische Äußerungen, die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung beinhalten,
sind nicht pauschal als antisemitisch zu verurteilen und schon gar nicht zu verbieten.
Bürgerrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind für jede Demokratie grundlegend.

12. Wir unterstützen den UN-Generalsekretär, der zur Lösung des Konfliktes dazu aufruft,
sich mit dessen Ursachen auseinanderzusetzen.

**Die legitime Lehre des Holocausts ist die bedingungslose Verteidigung der Menschenrechte für
alle.**

Begründung der Dringlichkeit

Die auf den 7. Oktober 2023 folgende Eskalation der Ereignisse zu einem neuen Nahostkrieg mit etlichen Tausenden von Toten auf beiden Seiten war am Antragsschluss 12.10. nicht absehbar.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Sandra Smolka (KV Freising); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Maria Regina Feckl (KV Erding); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Gabriele Fürstenberg (KV Köln); Cornelia Stump (KV Bad

Dürkheim); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Achim Kemmerling (KV Erfurt); Stephan Wiese (KV Lübeck); sowie 41 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.